

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Weltfriedenstag 2013:
Welche Lehren müssen wir aus der
syrischen Tragödie ziehen?

Von Jörn Grävingholt,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 16.09.2013

Weltfriedenstag 2013:

Welche Lehren müssen wir aus der syrischen Tragödie ziehen?

Bonn, 16.09.2013. Der September sollte einmal für Frieden stehen: Am 1. September 1939 hatte das nationalsozialistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen sein millionenfaches Morden begonnen. Nach dem Krieg, in den 1950er Jahren, begannen erst die DDR und später die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik, das Datum als Gedenktag zu begehen. „Tag des Friedens“ hieß das im Osten. Als „Antikriegstag“ etablierte sich der 1. September im Westen.

September ist auch der Monat, in dem alljährlich die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihr Sitzungsjahr mit einer feierlichen Vollversammlung eröffnet. Die Vereinten Nationen entstanden nach dem zweiten Weltkrieg als Friedensprojekt: „Künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ – mit diesen Worten begründeten 1945 die Verfasser der UN-Charta die Schaffung der neuen Organisation und setzten ihr als oberstes Ziel die Aufgabe, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“. So entstand 1981 die Idee, die jährliche Eröffnung der Vollversammlung als Tag des Friedens zu begehen und für diesen einen Tag in besonderer Weise zu Waffenstillstand und Gewaltfreiheit in aller Welt aufzurufen.

Zwanzig Jahre und eine weltgeschichtliche Epoche später wurde aus dem wechselnden Datum ein fester Tag im Kalender: Künftig sollte der 21. September als Weltfriedenstag begangen werden, beschloss die UN-Generalversammlung am 7. September 2001. Vier Tage später entführte eine Gruppe Terroristen vier Verkehrsflugzeuge, tötete 3000 Menschen in New York, Virginia und Pennsylvania und brannte einen anderen Tag im September in das kollektive Gedächtnis der heute lebenden Generationen ein. Seitdem steht der 11. September als Synonym für monströsen Terror. Der Friedenstag dagegen, der 21. September, fristet ein eher unscheinbares Dasein im internationalen Kalender.

Im September 2013 steht der Bürgerkrieg in Syrien im Mittelpunkt weltweiter Sorge. Folgen wir der Idee des Weltfriedentages, stellen sich zwei Fragen: Haben die UN in Konflikten wie in Syrien eine Rolle zu spielen? Und was können wir tun, um die Tragödie solcher Kriege in Zukunft zu verhindern?

Kollektive Friedenssicherung?

Was können die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert wirksam zur Friedenssicherung beitragen? In Afghanistan, Irak, Libyen, Georgien – wie schon 1999 im Kosovo – wurden die UN erst tätig, nachdem kriegerische Mittel das Machtgleichgewicht verändert hatten. Doch hieraus einen Vorwurf gegen die UN abzuleiten, wäre verfehlt. Noch immer gilt: Wenn die Veto-Mächte im Sicherheitsrat sich gegenseitig blockieren, bleibt die Weltorganisation weitgehend handlungsunfähig. So schien es bis zuletzt auch in Syrien zu sein. Nach dem nunmehr nachgewiesenen Einsatz chemischer Kampfstoffe Mitte August 2013 lief alles auf einen einseitigen Militärschlag unter Führung der USA hinaus – ohne UN-Mandat, weil Russland und China sich sperrten.

Nun, im September, scheint es, als könnten die UN doch noch eine Rolle in Syrien spielen und Militärschläge von außen unterbleiben. Sollten die syrischen Chemiewaffen tatsächlich internationaler Kontrolle überstellt werden, kämen die Vereinten Nationen erstmals als wichtiger Akteur bei der Lösung eines Teilproblems des Syrienkonflikts ins Spiel. Es besteht eine realistische Aussicht auf eine Resolution des Sicherheitsrates, die über bloße Appelle hinausgeht. Der Bürgerkrieg wäre damit noch lange nicht beendet, doch wäre es fahrlässig, die Beseitigung eines der größten Chemiewaffenarsenale der Welt als Nebenproblem vom Tisch zu wischen. Tatsächlich zeigt das Chemiewaffenthema, was die Welt schon heute an den Vereinten Nationen hat: Mit der Chemiewaffenkonvention liegt ein fertiges Regelwerk vor, das Verfahren und Strukturen zur Überwachung und Beseitigung der Arsenale benennt. Es muss nicht alles von Grund auf neu verhandelt werden.

Was die UN leisten können, ist, einen Rahmen aus Normen, Verfahren und Strukturen zur Verfügung zu stellen. Was die Staaten leisten müssen, um die UN zu stärken, ist, diesen Rahmen, zu dem auch Strukturen wie der Internationale Strafgerichtshof gehören, zu nutzen und konsequent zu erweitern. Sollte das Assad-Regime für den Einsatz von chemischen Kampfstoffen im August verantwortlich sein, wäre es gut, die Schuldigen in Den Haag anklagen zu können. Da Syrien kein Vertragsstaat ist, bedürfte es dazu eines Beschlusses des UN-

Sicherheitsrates, den Russland einstweilen blockieren wird. Die Klage der USA darüber, dass dieser Weg verbaut ist, wäre überzeugender, würden sie selbst dem Statut des Strafgerichtshofs beitreten. Auch würde dies den Druck auf Russland und China erhöhen, dasselbe zu tun. Die Schwäche der Vereinten Nationen sollte nicht Anlass sein, über ihre Nutzlosigkeit zu klagen. Sie sollte Grund sein, ihnen die Instrumente in die Hand zu geben, ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

Den Bürgerkrieg in Syrien wird dies kurzfristig nicht beenden. Aber ein einseitiges militärisches Eingreifen von außen, das die Zahl der Opfer erst einmal weiter in die Höhe treibt, neue Fronten schafft, neue Gegner mobilisiert und den Krieg womöglich weiter internationalisiert, ist noch unverantwortlicher.

Der Preis der Diktatur

Was in Syrien geschieht, ist die dramatische Folge von Jahrzehnten repressiver, autoritärer Herrschaft. Ein Regime nach dem anderen ist im Nahen Osten und Nordafrika in den letzten Jahren in gewaltsamen Umstürzen zusammengebrochen, von dem noch kurz zuvor gesagt wurde, sein autoritärer Herrschaftsstil sei zwar abstoßend, aber wohl erforderlich, um das Land friedlich zusammenzuhalten und die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Demgegenüber sei es verfehlt, westliche Standards von Menschenrechten und Demokratie anzulegen. Tatsächlich stellt sich nun heraus, dass die jahrzehntelange Unterdrückung Andersdenkender genau jenes Gewaltpotenzial, vor dem immer gewarnt wurde, erst recht hervorgerufen hat. Die einstigen Garanten vermeintlicher Stabilität haben Zeitbomben dramatischer Instabilität gelegt. Sie haben Pyramidensysteme vermeintlicher gesellschaftlicher Zufriedenheit errichtet, bei denen immer neue Ausbeutung und Unterdrückung nötig wurde, um die wachsenden Ansprüche immer größer werdender Kreise bisheriger Profiteure zu befriedigen.

Die Lehre, die aus der syrischen Katastrophe zu ziehen ist, muss an dieser Stelle ansetzen. Wer die Zerfallskriege repressiver Diktaturen verhindern oder zumindest ihr Ausmaß begrenzen helfen will, muss frühzeitig dazu beitragen, Ausmaß und Dauer der Repression selbst zu verringern. Repressive Diktaturen sind nicht nur ein moralischer Skandal, sie sind eine Hypothek für die Zukunft, und zwar auch dann, wenn sie sich außenpolitisch in unserem Interesse zu verhalten scheinen.

Eine vorausschauende Friedenspolitik muss auf den Abbau repressiver Diktaturen hinwirken. Wer hierzu beitragen will, darf sich nicht vom Wohlwollen diktatorischer Herrscher abhängig machen – etwa beim Zugang zu Rohstoffen, beim Export von Rüstungsgütern oder bei der Nutzung militärischer Stützpunkte. Auch reicht es nicht, die Förderung von Menschenrechten und politischer Öffnung an spezialisierte Organisationen, wie etwa die deutschen politischen Stiftungen, zu delegieren, und unterdessen in der Außenwirtschaftspolitik oder der Entwicklungszusammenarbeit *business as usual* zu betreiben. Schließlich ist auch eine möglichst geschlossene internationale Haltung wichtig. Viel wäre gewonnen, wenn die EU eine einheitliche Linie entwickelte und diese zusammen mit den USA und anderen wichtigen Demokratien verfolgte. Schaut man auf jene Länder, in denen autokratische Herrscher bis heute westliche Länder gegeneinander auszuspielen verstehen, wird deutlich, wie weit der Weg dorthin noch ist.



Jörn Gravingholt
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)